

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

Landesfeuerwehrverband Berlin e.V.

Sascha Guzy
Landesverbandsvorsitzender

Voltairestr. 2
10179 Berlin

Nina Stahr und Werner Graf

Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle
Kommandantenstr. 80
10117 Berlin
Tel.: +49 (30) 61 50 05 – 0
Fax: +49 (30) 61 50 05 – 99
landesvorsitzende@gruene-berlin.de

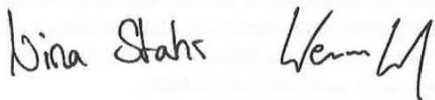
Berlin, 9. September 2021

Wahlprüfsteine Landesfeuerwehrverband Berlin

Sehr geehrter Herr Guzy,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Nina Stahr und Werner Graf
Landesvorsitzende

Wahlprüfsteine Landesfeuerwehrverband Berlin

1. Wie gedenkt Ihre Partei das Ehrenamt in der Berliner Feuerwehr attraktiver zu gestalten und zu fördern? Ist eine Formulierung im Koalitionsvertrag zur Förderung des Ehrenamts in der Feuerwehr für Ihre Partei vorstellbar?

Wir haben in dieser Legislatur für eine insgesamt bessere Ausstattung der Berliner Feuerwehr gesorgt und sehen dies u.a. als einen wichtigen Hebel das Ehrenamt in der Berliner Feuerwehr attraktiver zu gestalten. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die Wachen in einen besseren Zustand versetzt werden. Als Bündnisgrüne treten wir außerdem, für eine Ehrenamtskarte ein, die mit einer BVG-Gratis-Karte verbunden wird.

Eine Formulierung im Koalitionsvertrag zur Förderung des Ehrenamts in der Feuerwehr können wir uns vorstellen. Wir treten sehr praktisch für die Förderung von Engagement ein: Die Sicherung von Räumlichkeiten in Zeiten der Verdrängung, Hilfen bei der Digitalisierung, die BVG-Karten und weitere Formen der Anerkennung und Teilhabe.

2. Um die Handlungsfähigkeit der Berliner Feuerwehr zu gewährleisten, sind weitere massive finanzielle Investitionen in den Bereichen Fahrzeugbeschaffung, Personal, Aus- und Fortbildung, Katastrophenschutz und Sanierung von Feuerwachen erforderlich. Wie schätzen Sie die aktuelle Situation ein und welche Investitionsmöglichkeiten sehen Sie als realistisch an, um die hier genannten dringenden Bedarfe abzudecken?

Die Berliner Feuerwehr ist ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehört zur kritischen Infrastruktur. In der laufenden Legislaturperiode ist es uns gelungen, zusätzliche 858 Stellen und davon 749 für den feuerwehrtechnischen Dienst zu schaffen. Trotz großer Bewerber*innenzahl konnten noch nicht alle offenen Stellen aufgrund zu geringer Ausbildungskapazitäten vollständig besetzt werden. Zur Verbesserung dieser Umstände wurden deshalb die Voraussetzungen zur Errichtung eines großen und modernen Schulstandortes der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie (BFRA) am ehemaligen Flughafen Tegel geschaffen und bereits ein erweiterter Schulbetrieb an einem Interimsstandort umgesetzt. Um Versorgungslücken zu schließen, werden auch Neubauten nötig werden. Diese werden durch klimagerechte Gebäude realisiert. Die begonnen Sanierungen von Standorten werden fortgesetzt sowie neue Standorte geprüft und gefördert. Trotz der positiven Leistungsbilanz hat sich, auch bedingt durch die Corona-Pandemie, der Druck auf die Feuerwehr erhöht und die Einsatzzahlen sind gestiegen. Wir wollen auch in

der kommenden Legislaturperiode massiv in die Berliner Feuerwehr investieren und damit den Personalaufwuchs in der Feuerwehr fortsetzen und Versorgungslücken durch neue Standorte schließen. Dazu ist es notwendig, die einzelnen Bedarfe zu priorisieren und auf die dringendsten aufmerksam zu machen. Große Bedarfe sehen wir, über die genannten hinaus, bei der Ehrenamtsförderung und werden uns für eine Aufstockung der Titel im Haushalt einsetzen. Die Feuerwehr wird zu einer klimagerechten und nachhaltigen Behörde entwickelt.

3. Eine attraktive Ehrenamtsgestaltung durch bezahlbaren Wohnraum für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr sichert zusätzlich die FF-Standorte und die Sicherheit der Stadt Berlin. Hierzu sind u.a. Kooperationen mit Wohnungsbaugesellschaften, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die Ergänzung neuer Feuerwachen mit Wohnungen und der Erhalt der derzeitigen Wohnungen in Feuerwachen erforderlich. Insbesondere sind die noch vorhandenen Wohnungen in Feuerwachen der Freiwilligen Feuerwehren für die Kameradinnen und Kameraden dauerhaft zu erhalten. Wie sehen Ihre bisherigen und zukünftigen Schritte zu dieser Thematik aus?

Wir wollen die Bedingungen für Einsatzkräfte bei der Feuerwehr insgesamt verbessern. Wohnungspolitik ist für uns ein zentraler Teil der Daseinsvorsorge und deshalb sind Konzepte wichtig, die auch Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr berücksichtigen. In Berlin sind die Mieten und Grundstückspreise in den letzten 12 Jahren massiv gestiegen. Daher halten wir Konzeptverfahren für die Feuerwehr als/für(?) sogenannte Werkwohnungen oder unter dem Dach einer Genossenschaft oder eines landeseigenen Wohnungsunternehmens für sinnvoll und wollen hierzu die verschiedenen Möglichkeiten prüfen. Berlin braucht vor allem mehr niedrigpreisige Wohnungen. Wir streben den Bau von jährlich 20.000 überwiegend sozialverträglichen Wohnungen an. Zudem bleibt es unser Ziel, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert umzubauen durch Ankauf und das Vorkaufsrecht. Die Wohnungsnot wollen wir entschieden bekämpfen durch einen vielseitigen Maßnahmenmix. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ wollen wir mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte Hand bringen. Davon sollen alle Berliner*innen profitieren. Wir wollen die Bauförderung so gestalten, dass bezahlbare Wohnungen für alle gesellschaftlichen Schichten bereitgestellt und bei Mietgestaltung und Belegung soziale Kriterien angewendet werden. Bei der Förderung sollen auch Haushalte mit mittlerem Einkommen durch einen Wohnberechtigungsschein berücksichtigt werden als zweites Fördersegment. Wir wollen die landeseigenen Wohnungsunternehmen, gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen, Stiftungen und Hausprojekte sowie Privatvermietende stärken, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten

für alle Bevölkerungsgruppen verpflichten. Die Spekulation mit Wohnraum muss weiter erschwert werden, denn immer noch gehen dem Wohnungsmarkt preiswerte Wohnungen durch Sanierung, Abriss oder als Zweit- oder Ferienwohnung verloren. Nur ein konsequenter Dreiklang aus Neubau, Ankauf und gleichzeitigem Schutz der Mieter*innen kann eine soziale Wohnraumversorgung für die Berliner*innen gewährleisten.

4. Durch die Nutzung von Schwimmhallen/Schwimmbädern mittels Gratis-Eintrittskartenkontingenten, ist nach vielen Jahren ein erster Schritt zur Sportförderung für die Einsatzkräfte der Berliner Feuerwehr getan worden. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diese Angebote auszubauen und zu fördern?

Entsprechend der Anforderungen der Berliner Feuerwehr möchten wir das Angebot der kostenfreien Nutzung gerne ausbauen. Wir fordern schon lange den kostenfreien Eintritt für alle Feuerwehrleute. Dieses Angebot steht allerdings unter dem Vorbehalt verfügbarer Schwimmflächen. Oberste Priorität hatte und hat das Schulschwimmen, da wir als Land Berlin allen Schüler*innen der dritten Klasse die Schwimmfähigkeit vermitteln möchten.

5. Rentenvorteile durch zusätzliche Rentenpunkte für ehrenamtliche Feuerwehrleute sind bereits in einigen Bundesländern möglich und werden von immer mehr Bundesländern angestrebt. Bereits zur Abgeordnetenhauswahl 2016 hatten wir diese Frage gestellt. Wie sieht Ihre Partei die Möglichkeit diesen überfälligen Schritt zur Ehrenamtsförderung umzusetzen?

Ob wir das in den Koalitionsvertrag schreiben und ob wir es umsetzen können, hängt von den Koalitionspartnerinnen ab. Wir werden uns als Bündnisgrüne dafür einsetzen.

6. Wie schätzen Sie die Möglichkeit ein, für Feuerwehrangehörige mit diesem Problem im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten eine Regelung zu schaffen, die ihnen die vorrangige Nutzung von Parkplätzen in Wohnortnähe ohne zusätzliche Kosten gestattet? Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, aktiven Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren die in Zonen mit Parkraumbewirtschaftung wohnen und zum schnellen Erreichen der Wache ihren PKW benötigen, die Gebühren für den Anwohnerparkausweis zu erlassen?

Straßennutzung ist Gemeingebrauch, darunter fällt auch das Parken. Ausnahmen, wie zum Beispiel die Ausweisung von Parkplätzen für Schwerbehinderte oder stationsgebundenes Carsharing sind nur in einem engen rechtlichen Rahmen möglich und wie beim Carsharing

als Sondernutzung des Straßenlandes gebührenpflichtig. Um ihre Forderung nach einem wohnortnahen freien Stellplatz umsetzen zu können, müsste dieser ähnlich wie für Schwerbehinderte personengebunden zugeordnet werden. Das ist so nicht möglich. An der Feuerwache wäre eine Ausnahmerechtigung in einem Halteverbotsbereich in Nähe der Feuerwache denkbar, wenn auf dem Grundstück der Feuerwache selbst kein Platz zum Abstellen der PKW zur Verfügung steht.

Die Gebühren für das Ausstellen eines "Anwohner*innenparkausweises" in Parkraumbewirtschaftungszonen sind heute mit 10,20 im Jahr so niedrig, dass sie noch nicht einmal den Verwaltungsaufwand decken. Der Erlass dieser Gebühr ist daher nicht sachgerecht. Ausnahmen von den allgemeinen Parkgebühren sind in begründeten Fällen möglich, allerdings fällt darunter bisher nicht die Freiwillige Feuerwehr. Andererseits hilft dies ihrem Anliegen, einen freien Parkplatz nach dem Einsatz zu finden nicht (siehe oben).

7. Wie sehen Sie die Möglichkeiten zur Gründung eines Gefahren/Sicherheits- Informationszentrums Berlin zur nachhaltigen Stärkung der Resilienz der Bevölkerung in Krisensituationen und bei Katastrophen?

In diesem Zentrum sollen durch entsprechende Lernräume und Lernwerkstätten Kindern, deren Betreuer*innen und auch interessierten Bürger*innen Themen wie zum Beispiel Brandschutzerziehung/Brandschutzaufklärung, Sicherheitserziehung/Sicherheitsaufklärung, vorbeugender Sanitätsdienst, Erste Hilfe Maßnahmen, Mobilitätserziehung, Verhalten in besonderen Situationen (Eisnotfall, Stromausfall, Stürme, Überschwemmungen, Unfälle, epidemische oder pandemische Notfälle), vermittelt werden und das bürgerliche Engagement gefördert werden. Aufklärung, Information und Anleitung sind wesentlich um einerseits der Entstehung von Notfällen vorzubeugen und andererseits die Resilienz der Bevölkerung bei Krisen und Katastrophen zu stärken. Die Idee eines generationsübergreifenden Zentrums mit Lehrangeboten zur Prävention unterstützen wir ausdrücklich. Die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement und frühzeitiger Sensibilisierung von Gefahren ist erheblich und kann Leben retten. Die genaue Ausgestaltung des Zentrums bedarf der Erstellung eines Konzepts und der Prüfung der möglichen Kooperation mit anderen Stellen, wie den Präventionsbeauftragten der Berliner Feuerwehr.

8. Die Ministerien der anderen Bundesländer haben Möglichkeiten und Titel in ihren jeweiligen Haushalten geschaffen, um ihre Landesfeuerwehrverbände in ihrer wertvollen

Arbeit finanziell zu unterstützen und zu fördern. Wie sehen Sie eine solche Möglichkeit, Ihren kompetenten und unabhängigen Ansprechpartner im Brand-, Lösch- und Rettungsdienstwesen, den Landesfeuerwehrverband Berlin, durch entsprechende Förderungen im Haushalt zu unterstützen?

Als Bündnisgrüne sind wir regelmäßig mit dem Landesfeuerwehrverband im Austausch und schätzen deren wertvolle Arbeit sehr. Für uns hat die Selbstvertretung höchste Priorität. Repräsentative, direktdemokratische und dialogische Elemente gehören für uns immer zusammen gedacht. Wir sehen die Notwendigkeit einer Förderung durch den Haushaltsgesetzgeber und werden uns in den nächsten Haushaltsberatungen für einen entsprechenden Titel, wie bereits in den vergangenen Haushaltsverhandlungen, einsetzen.